

entstanden war. Entschieden traten die Teilnehmerstaaten gegen die Weitergabe von Kernwaffen in jeder Form an die westdeutsche Bundesrepublik auf. Sie kündigten die erforderlichen Schutzmaßnahmen zur Gewähr ihrer Sicherheit an, falls die Mitgliedstaaten der NATO die Pläne für eine Kernstreitmacht unter Einbeziehung Westdeutschlands verwirklichen sollten.

Der 20. Jahrestag der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus demonstrierte die Festigkeit der DDR und ihr gewachsenes internationales Ansehen. Mit der programmatischen Rede des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees legte die Partei vor unserem Volk und vor den Völkern der Anti-Hitler-Koalition Rechenschaft über ihre Politik seit 1945 ab. Auf seiner 9. Tagung nahm das Zentralkomitee am Vorabend dieses historischen Ereignisses ausführlich zur Entwicklung in beiden deutschen Staaten Stellung. Die seitens der Bonner Regierung von den Westmächten geforderte „Deutschlandinitiative“ sollte einzig dem Zweck dienen, die NATO-Staaten noch enger an die Bonner Revanchepolitik zu binden. Demgegenüber entwickelte die 9. Tagung des ZK der SED Vorschläge zur Entspannung in Europa: Verzicht beider deutscher Staaten auf Atomrüstung und auf jedwede Beteiligung an Atomrüstungen; Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Europa; Herstellung normaler Beziehungen mit der Regierung der DDR; Anerkennung aller bestehenden Grenzen in Europa; Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Mitgliedstaaten der NATO und des Warschauer Vertrages; Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges; Maßnahmen zur Erweiterung der Zusammenarbeit der europäischen Staaten.

Auf Vorschlag der 9. Tagung des ZK der SED billigte die Volkskammer am 5. Mai 1965 ein Manifest an die Völker und Regierungen aller Staaten. In diesem Dokument wurde betont, daß die DDR in der Sicherung des Friedens in Europa den Hauptinhalt ihrer nationalen Mission erblickt. Genosse Walter Ulbricht bezeichnete es in dieser Volkskammersitzung als das oberste Gesetz der Staatsdoktrin der DDR, dafür zu sorgen, daß nie mehr ein Krieg von deutschem Boden ausgeht. In Erklärungen, Memoranden und weiteren offiziellen Dokumenten unterstützte die Regierung der DDR auch die Friedens- und Entspannungsinitiativen anderer Staaten. So begrüßte sie in einer Erklärung vom 18. Oktober 1965 an die XX. UN-Vollversammlung den von der UdSSR vorgelegten Vertragsentwurf über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen und sprach sich für den baldigen Abschluß eines solchen Vertrages aus.